



# Medienmitteilung

13. Januar 2016

Treffen einer Delegation der Zentralschweizer Kantonsregierungen mit den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus der Zentralschweiz vom 13. Januar 2016

---

## Selbstbestimmung, Subsidiarität und Föderalismus stärken

Das von der Zentralschweizer Regierungskonferenz organisierte jährliche Treffen der Kantonsregierungen mit den Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern stand im Zeichen des 50-Jahr Jubiläums der ZRK. Die Zentralschweizer Regierungen forderten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier dazu auf, sich beim Bund für eine finanzielle Beteiligung für die Durchführung der Winteruniversiade 2021 in der Zentralschweiz einzusetzen. Zudem ersuchten sie die Zentralschweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier sich für einen starken Föderalismus einzusetzen und mitzuhelfen, dass die Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) nicht in die Organisationhoheit der Kantone eingreift.

Auf Einladung der Zentralschweizer Kantonsregierungen trafen sich am Mittwoch, 13. Januar 2016, zum siebten Mal eine Regierungsdelegation mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern. Im Zentrum des Treffens standen die Universiade 2021 und die gemeinsamen Interessen der Zentralschweizer Kantonsregierungen hinsichtlich bestehender Auslegungsdifferenzen zwischen dem Konkordatsrat der Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA) und der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) betreffend geplanter Eingriffe letzterer in die Organisationshoheit der Kantone.

### Selbstbestimmung, Subsidiarität und Föderalismus stärken

„Mit einem gemeinsamen Auftreten können wir aus einer grossen Stärke und Wirtschaftskraft unseren Positionen zum Durchbruch verhelfen.“ Mit diesen Worten betonte Frau Landammann Heidi Z'graggen, Präsidentin der ZRK, die Bedeutung der interkantonalen Zusammenarbeit, welche in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. Sie wies darauf hin, dass interkantonale Konferenzen, wie die ZRK, die 2016 ihr 50-jähriges Bestehen feiert, wichtige Akteure in Bezug auf die Erhaltung und die Pflege des Föderalismus sind.

### Die Durchführung der Winteruniversiade 2021 in der Zentralschweiz unterstützen

Am 5. März 2016 wird die Fédération Internationale du Sport (FISU) über die Kandidatur zur Durchführung der Winteruniversiade 2021 in der Zentralschweiz entscheiden. Die Zentralschweizer Kantone erwarten bei einem positiven Entscheid eine substantielle finanzielle Unterstützung durch den Bund. Die Zentralschweizer Regierungen würde es daher freuen, wenn die eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier sich beim Bund für einen adäquaten finanziellen Beitrag einsetzen und das

Organisationskomitee im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen, beispielsweise als Türöffner bei der Suche nach Sponsoren.

### **Oberaufsicht des Bundes über die Berufliche Vorsorge über die Stiftungsaufsicht**

Auf Bundesebene wurde per 1. Januar 2012 eine neue Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) errichtet. Diese neu geschaffene Kommission führt u. a. die Oberaufsicht über die kantonalen BVG-Aufsichtsbehörden. Sie hat insbesondere eine einheitliche materielle Aufsichtstätigkeit der Aufsichtsbehörden sicherzustellen und kann zu diesem Zweck Weisungen erlassen (Art. 64a BVG, SR 831.40). Die OAK BV beschäftigt sich jedoch zunehmend mit Themen, welche die kantonale Organisation, die kantonale Finanzierung der BVG-Aufsicht aber auch die durch die Kantone geregelte Rechnungslegung betreffen, welche alleine in die Organisationshoheit der Kantone fallen. Die Zentralschweizer Regierungen ersuchen daher die Zentralschweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier sich dafür einzusetzen, dass die OAK BV nicht in die Organisationshoheit der Kantone eingreift. Insbesondere werden die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ersucht, eine von der OAK BV angekündigte Gesetzesänderung, welche ein Verbot des Einsitzes von Mitgliedern von Regierungsräten in den Konkordatsrat von BVG-Aufsichtsbehörden beinhaltet, zu bekämpfen respektive abzulehnen, sowie einen Vorstoss einzureichen, um die Auslegung von Art. 64a BVG zu klären und wenn nötig, eine Gesetzesänderung zu verlangen, die verhindert, dass die OAK BV in die kantonale Organisationshoheit eingreift.

Nebst BVG-Aufsicht und Universiade besprachen die Regierungen mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern den Ausbau der Bahninfrastruktur Zentralschweiz, insbesondere das aktuelle Projekt Durchgangsbahnhof Luzern, die Unternehmenssteuerreform III sowie die Asylproblematik.

Die ausführlichen Unterlagen zum Treffen finden sich auf der ZRK-Homepage ([www.zrk.ch](http://www.zrk.ch)), unter der Rubrik „Projekte“.

### **Kontaktpersonen:**

Beat Hensler, Konferenzsekretär ZRK, 041 618 79 21